



Clara Bünger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Clara Bünger, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An den Oberbürgermeister
Gerd Härtig
Rathausplatz 1
09212 Limbach-Oberfrohna
Per E-Mail
g.haertig@limbach-oberfrohna.de

Berlin, 04.12.2023

Clara Bünger, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 - 72289
Fax: +49 30 227- 23 72289
E-Mail : clara.buenger@bundestag.de

Sprecherin für Flucht- und
Rechtspolitik

Mitglied im Ausschuss für Recht

Stellv. Mitglied im Ausschuss für
Inneres und Heimat

Offener Brief zu den Konzerten der Band „Weimar“ am 29.12. und 30.12.2023 in Limbach-Oberfrohna

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Härtig,

mit Besorgnis nehme ich zur Kenntnis, dass die Thüringer Rockband „Weimar“ am 29.12. sowie am 30.12.2023 zwei Jahresabschlusskonzerte in der Stadthalle von Limbach-Oberfrohna spielen wird.

Anfang des Jahres 2023 wurde bekannt, dass Mitglieder der Band über mehrere Jahre hinweg in extrem rechten Bands wie „Murder Squad“ und „Dragoner“ aktiv waren, letztere wurde durch den Verfassungsschutz und das LKA überwacht. Die Überwachung erfolgte nicht zuletzt, weil die Band „Dragoner“ in Liedtexten den Holocaust leugnete. Weiter waren Mitglieder der Band im „Nationalen Widerstand Weimar“, die der verbotenen Vereinigung „Blood & Honour“ nahestand und unterhielten Kontakte in das NSU-Unterstützer:innen-Umfeld. Laut Angaben der Thüringer Linken-Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss sei ein Bandmitglied außerdem 1999 bei der Hochzeit des Thüringer NPD-Manns Thorsten Heise zu Gast gewesen, der Kontakte in die militante Neonaziszene hat. In einem Statement auf Facebook gaben zwei der Bandmitglieder zu, in den Neunzigern bzw. Nullerjahren Teil der rechtsextremen Szene in Thüringen gewesen zu sein.

Nach dem medialen Bekanntwerden dieser Vergangenheit wurden sowohl die deutschlandweite Tournee als auch diverse Auftritte auf Festivals abgesagt. Auch Universal Music Group beendete die Zusammenarbeit und kündigte den Plattenvertrag.

Trotz mehrfacher Proteste seitens vieler Bürger:innen halten Sie an den beiden Konzerten weiterhin fest. Folglich könnte der Eindruck erweckt werden, dass Sie sich auf Seiten der Band positionieren, da Sie der Meinung sind, jeder hätte eine zweite



Chance verdient und die Vergangenheit der Mitglieder sei nicht aussagekräftig gewesen.

Doch dass sich die Band nach Bekanntwerden ihrer Nazi-Vergangenheit angeblich vom Rechtsextremismus distanziert habe, ist nichts anderes als eine Verschleierungstaktik. In den Liedtexten lassen sich klare rechte Codes und Verschwörungserzählungen erkennen, die z. B. auf eine vermeintliche Weltherrschaft verweisen und damit antisemitische Vorurteile transportieren. Die Texte sind nur so weit maskiert wie nötig, sodass sie nicht ihre Anschlussfähigkeit verlieren und breit vertrieben werden können, sind aber von Anhänger des Rechtsrocks leicht erkennbar.

Ich bin, so wie viele andere, erschrocken darüber, dass Sie den Konzerten keine Absage erteilen wollen – trotz der nachweislich rechtsextremen Vergangenheit einzelner Bandmitglieder und den Songtexten, die demokratiefeindliche und antisemitische Inhalte aufweisen. Der Verbreitung derartiger Inhalte sollte keine Bühne geboten werden!

Indem Sie als Oberbürgermeister die öffentliche, zentrale Stadthalle der rechtsextremen Band für Konzerte zur Verfügung stellen, bereiten Sie den Nährboden für eine Zusammenkunft von Neonazis. So berichteten beispielsweise Augenzeugen, auf dem letzten „Weimar“-Konzert in Vacha rechtsextreme bekannte Persönlichkeiten wie den NPD-Politiker Patrick Schröder und Benjamin Moses, Teil der rechtsextremen Bautzner Gruppe Balaclava Graphics, im Publikum gesichtet zu haben, wie auf X festgehalten wurde (<https://twitter.com/thhindrichs/status/1680661660858556417?t=8GYIbAq6csoS7a89TY-puQ&s=03>).

Durch eine solche Zusammenarbeit gibt es ein höheres Potenzial für Angriffe von rechts. Eine massive Gefährdung von Jugendlichen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Menschen, die sich für mehr Demokratie und Grundrechte einsetzen, aber auch der „normalen Bevölkerung“ geht damit einher.

Damit würde die Stadt ein fatales Zeichen setzen. Statt sich weltoffen und tolerant zu präsentieren, könnte Limbach-Oberfrohna auch künftig als Anlaufstelle attraktiv sein für andere Rechtsrockbands, die ihre Konzerte dazu nutzen werden, ihre rassistischen, demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Inhalte zu verbreiten.

Lassen Sie deshalb nicht zu, dass Limbach-Oberfrohna zu einem Angstraum wird!



Ich erwarte, dass die Stadt dem Beispiel anderer Veranstalter folgt, die geplanten Rechtsrockkonzerte in Limbach-Oberfrohna unterbindet und sich eindeutig für Weltoffenheit und Demokratie einsetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Clara Büeget